

---

## Presseinformation

### Folgen der S-Bahn-Krise: weniger Zeitkartenverkäufe und mehr Autofahrer

3,5 Arbeitstage Zeitverlust auf dem Weg zum Job | Unzufriedenheit mit den Entschädigungen

Berlin, 12. November 2009 (IGES Institut) - Die Berliner S-Bahn-Krise wird langfristige Folgen haben, wenn es nicht gelingt, verärgerte Kunden zurückzugewinnen. Fast jeder zehnte S-Bahn-Nutzer will sich künftig keine Zeitkarte mehr kaufen, um zur Arbeit zu gelangen. Das sind rund 60.000 Kunden. Weitere 25.000 wollen in Zukunft statt mit der Bahn mit dem Auto zur Arbeit fahren. Das sind Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von 1.017 Berlinern und Brandenburgern, die das IGES Institut im Rahmen einer unabhängigen Studie zu den Folgen der S-Bahn-Krise interviewt hat.

#### Dreieinhalb Arbeitstage länger unterwegs

Die Berliner S-Bahn fuhr von Juni bis Oktober stark eingeschränkt mit reduzierter Flotte, weil an Zügen defekte Bremszylinder und mangelhafte Räder gefunden wurden. Mitte Dezember will das Unternehmen nach bisherigen Planungen wieder auf allen Linien zum regulären Fahrplan zurückkehren. Die Krise hat die Berliner und einen Teil der Brandenburger massiv getroffen. Das Ausmaß zeigt die IGES-Studie. Sie beziffert die erlittenen Zeitverluste. Berufstätige S-Bahn-Nutzer waren pro Monat durchschnittlich neun Stunden, also mehr als einen Arbeitstag, länger unterwegs, um zu ihrem Job zu gelangen. Über die gesamte Krisenzeit - für die Studie wurden gut drei Monate zu Grunde gelegt - mussten sie mehr als 3,5 Arbeitstage zusätzliche Reisezeit aufbringen. Der finanzielle Wert dieser verlorenen Zeit lässt sich über das durchschnittliche Netto-Einkommen der berufstätigen S-Bahn-Nutzer verdeutlichen: für neun Stunden 76 Euro pro Tag bzw. 235 Euro für 3,5 Arbeitstage über den gesamten Krisenzeitraum.

#### Höhere Entschädigung gefordert

Verärgert hat die Berliner und Brandenburger in den vergangenen Monaten vor allem das Gedränge in den überfüllten Zügen und auf den Bahnsteigen, Unzuverlässigkeit beim Notfahrplan und eine unzureichende Informationspolitik. Unzufrieden sind die S-Bahn-Kunden mit dem Entschädigungsprogramm der S-Bahn GmbH. Drei Viertel halten es für unangemessen und erwarten mehr Ausgleich. Das Programm des Unternehmens sieht unter anderem vor, allen

---

Jahreskartenbesitzern einen Monatsbeitrag zu erlassen. Die berufstätigen S-Bahn-Nutzer fordern hingegen bis zu drei Monate unentgeltliche ÖPNV-Nutzung. 44 Prozent halten es zudem für angemessen, nicht nur Jahreskartenbesitzern, sondern auch allen anderen S-Bahn-Nutzern einen Monat lang einen vergünstigten Tarif zu gewähren.

### **Forderungen nach Entschädigung sind im Vergleich zu den Zeitverlusten moderat**

Mit Blick auf die Forderungen nach mehr Entschädigung kommentiert der Chef des Berliner Forschungs- und Beratungsinstituts IGES, Prof. Bertram Häussler: „Die Studie zeigt, dass die Menschen den erlebten Schaden kompensiert sehen möchten. Die Mehrzahl fordert Entschädigungen im Gegenwert des Preises von zwei bis drei Monatskarten und bleibt damit unter dem finanziellen Gegenwert des erlittenen Zeitverlustes, der bei ca. vier Monaten liegt.“

### **CO<sub>2</sub>-Einsparungen zunichte gemacht**

Umweltfolgen lassen sich über das Ausweichen auf andere Verkehrsmittel in der Krisenzeit zeigen. Fast jeder zehnte S-Bahn-Nutzer (8,6 Prozent) stieg auf das Auto um. Berliner und Brandenburger waren so rund 51 Mio. Pkw-Kilometer mehr auf den Straßen unterwegs. Der dadurch erhöhte CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat die CO<sub>2</sub>-Einsparungen zunichte gemacht, die Berliner und Brandenburger zuvor durch den Kauf von neuen, sparsameren Autos im vergangenen halben Jahr erreicht haben.

Weitere Folgen der Zugausfälle sind Nachteile für die lokale Wirtschaft. Sechs Prozent der bei der IGES-Studie Befragten gaben an, während der Krise verstärkt im Internet eingekauft zu haben. Jeder Dritte hat Einkäufe aufgeschoben. 40 Prozent haben in ihrer Freizeit weniger oder verstärkt wohnortnah etwas unternommen.

### **Pressekontakt:**

Gisela Angerer | Leiterin Kommunikation  
Fon +49 (0)30 230 809 - 341 | Fax +49 (0)30 230 809 - 11 | [presse@iges.de](mailto:presse@iges.de)

### **Über das IGES Institut: Forschen - Entwickeln - Beraten für Infrastruktur und Gesundheit**

Das IGES Institut wurde 1980 als unabhängiges Institut gegründet. Seither wurde in über 1.000 Projekten zu Fragen des Zugangs zur Versorgung, ihrer Qualität, der Finanzierung sowie der Gestaltung des Wettbewerbs im Bereich der Gesundheit gearbeitet. In jüngerer Zeit wurde das Spektrum auf weitere Gebiete der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgeweitet: Mobilität und Bildung. Das IGES Institut gründet seine Arbeit auf hohe Sach- und Methodenkompetenz und bietet in allen Arbeitsgebieten einen breiten Zugang zu eigenen und zu Datenquellen anderer Institutionen.